

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 85 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Berichtsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 306

Freitag, den 30. Dezember 1932

Jahrgang 105

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Gerekes Richtlinien: Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand — Stärkung der Kaufkraft — Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Stadt und Land

U. Berlin, 30. Dez. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Heimatdienst“ einen ausführlichen Artikel über „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Im wesentlichen wiederholt Dr. Gereke darin die bereits in seiner kürzlichen Rundfunkrede gemachten Ausführungen. Als eine wichtige Aufgabe sieht Dr. Gereke es an, die notwendige Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Er vertrete keinesfalls Notstandsarbeiten oder im herkömmlichen Sinne „zusätzliche“ Arbeiten, sondern die Durchführung regulärer Arbeiten der öffentlichen Hand, für die die Arbeitskräfte zu normalem Lohn herangezogen werden müßten.

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung, so heißt es u. a. in dem Artikel, haben wir gegenwärtig eine Arbeitslosigkeit von mehr als 7 Millionen Menschen zusammen mit den Angehörigen der Erwerbslosen leben rund 15 Millionen Deutschen von öffentlichen Unterstützung, belasten damit nicht nur die öffentlichen Staatskassen, sondern fallen auch für den Konsum weitgehend aus. Es ist deshalb von Anfang an mein Bestreben gewesen, der Aufschwung zum Durchbruch zu verhelfen, daß die Wirtschaft nur wieder belebt werden kann, wenn möglichst viele Arbeitslose zu vollem Lohn eingestellt werden, damit wir wieder jene Kaufkraft herstellen, die wir zur Verbesserung des Absatzes von Landwirtschaft und Industrie dringend brauchen. Gerade die Bemühungen zur Verbesserung der Lage unserer Landwirtschaft werden nur dann von vollem Erfolg gekrönt sein, wenn die große Masse der Verbraucher in ihrer Kaufkraft wieder gestärkt ist.

Aus dem Reichspostprogramm für 1933

Ueber die Arbeiten der Reichspost im kommenden Jahre wird u. a. mitgeteilt: Eine der Hauptarbeiten der Reichspost im neuen Jahre wird in der Schaffung weiterer Selbstanschlußämter liegen. Ein genauer Ueberblick über die Zahl der Ämter, die sowohl in der Reichshauptstadt als auch im Reich neu errichtet werden, läßt sich im Augenblick noch nicht geben, da die Durchführung von den vorhandenen Mitteln abhängig ist. Auch im kommenden Jahre wird die Reichspost fortfahren, das Fernfahrsystem für den Fernverkehr weiter durchzuführen. So ist u. a. der Bau von Fernfahrlinien geplant zwischen den Städten Köln und Frankfurt a. M., Trier und Saarbrücken, Stettin und Stolp, Dortmund und Köln. Da sich herausgestellt hat, daß in der letzten Zeit der Fernsprechverkehr insbesondere mit dem Balkan und mit der Türkei eine starke Ausdehnung erfahren hat, so ist im kommenden Jahre geplant, den Ausbau direkter Fernsprechleitungen zwischen Deutschland und dem Balkan und der Türkei vorzunehmen.

Das neue Handelsabkommen mit Frankreich

Paris, 30. Dez. Nach dem Urteil des Handelsministers Durand bedeutet das eben in Berlin unterzeichnete deutsch-französische Wirtschaftsabkommen eine Neuorientierung der französischen Wirtschaftspolitik. Auf freundschaftlichem Wege habe Frankreich seine Tariffreiheit vollkommen wiedergewonnen. In der Praxis ließe die Regelung darauf hinaus, daß Frankreich die Möglichkeit erhalte, mit vierzehntägiger Kündigung nach seinem Belieben die Zollsätze abzuändern. Als Gegenforderung für die Regelung des deutsch-französischen Zollverkehrs hätten die deutschen Unterhändler die Bedingung gestellt, daß in Fällen einer erheblichen Abänderung der Handelsbilanz zwischen Deutschland und Frankreich das Berliner Abkommen revidiert werden könnte. Durand gab seiner vollen Genehmigung darüber Ausdruck, daß bei den Berliner Verhandlungen stets Höflichkeit und Konazität auf beiden Seiten geherrscht habe.

In Berlin wird das jetzt erzielte Ergebnis der deutsch-französischen Handelsbesprechungen um deswillen begrüßt, weil nun nach den Lausanner Verhandlungen und dem sehr heftigen Kampf um die Gleichberechtigung wenigstens auf dem Gebiet der Handelspolitik das Jahr 1932 ohne Mißlingen schließt. Man erhofft von dem kommerziellen Abkommen eine günstige Wirkung auch auf die Behandlung der übrigen noch offenen deutsch-französischen Fragen. Die Einigung mit Frankreich war der Reichsregierung vor allem darum auch wertvoll, weil durch die verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen der letzten Zeit in das seit 1925 aufgebaute Vertragsystem wesentliche Lücken gerissen worden waren.

Nach der Regelung der Fettwirtschaft

Neuer Sturz der Butterpreise.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, ist von seinem Weihnachtserurlaub zurückgekehrt. Maßgebend für diesen Entschluß dürfte, wie die „Landwirtschaftliche Wochenchau“ mitteilt, der erneut eingetretene Sturz der Butterpreise und die damit herbeigeführte weiterhin verschärfte Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft gewesen sein. Die weiteren Konsummaßnahmen, auch die Durchführung der Fettverordnung, würden nunmehr mit aller erforderlichen Energie beschleunigt werden.

Wie der Reichslandbund mitteilt, hat der geschäftsführende Präsident, Graf von Raldreuth, in Anbetracht des Zusammenbruchs der Butterpreise, die am 29. Dezember mit 95 Rm. gegenüber 135,50 Rm. im Dezember 1931 die Zentner Berliner Notierung einen neuen Rekordtiefstand erreicht hätten, ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, in dem die völlige Buttereinfuhrverbot gefordert wird. In dem Telegramm heißt es, daß allenthalben bestände Empörung über den infolge Latenlosigkeit der Reichsregierung erfolgten völligen Zusammenbruch der Butterpreise herrsche. Es müßten endlich wirkungsvolle Maßnahmen zur Rettung der deutschen Milchwirtschaft getroffen werden. Bis zur Wiederherstellung geordneter Marktverhältnisse und eines angemessenen Butterpreises müsse die völlige Buttereinfuhrverbot gefordert werden.

Bayern ermartet Reichsreform

In einem Artikel zur Jahreswende verweist der Landesvorsitzende der DDP, Staatsrat Schäffer, auf die bedenkliche Zunahme des politischen Radikalismus in Deutschland und erklärt, es sei eine vordringliche Aufgabe der neuen Reichsregierung, die psychologischen Fehler ihrer Vorgängerin wieder gut zu machen. Keine Regierung könne das Vertrauen einer breiten Volksschicht entbehren. Das Ringen unserer Zeit um neue Formen und neuen Inhalt unseres Staatslebens stelle eine Volksbewegung dar. Keine Regierung könne sich dem verschließen. Bayern als ein Hauptteil des außerpreussischen Deutschlands könne es nicht zulassen, daß die Reichsreform bei der letzten Vereinigung der Gewalten in Reich und Preußen bestehen bleibe, ohne daß auch das Verhältnis der übrigen Länder zum Reich einer grundlegenden Neuordnung unterzogen werde. Bayern habe nicht gewollt, daß die Dinge in Preußen überhitzt wurden und noch dazu in einer Weise, die das Vertrauen in Rechtsinn und Verfassungstreue schwer erschüttert habe. Bayern erwarte von der neuen Reichsregierung nicht nur ein Lippenbekenntnis zur unzerstörbaren bundesstaatlichen Grundanlage des Reiches, sondern auch die Erkenntnis, daß es auch außerhalb Preußens noch ein Deutschland gebe.

England für Wiederaufnahme der Fünferbesprechungen

U. London, 30. Dez. Der Pariser amerikanische Botschafter Edge befindet sich zurzeit in London. Er beabsichtigt, heute wieder nach Paris zurückzukehren. Gleichzeitig befindet sich auch der Pariser englische Botschafter Lord D'Yrell in London. Politische Kreise sind der Meinung, daß die englische Regierung den Gedanken einer Wiederaufnahme der Fünferbesprechungen im Januar in London noch nicht fallen gelassen hat.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge spricht man in diplomatischen Kreisen viel von der Möglichkeit einer baldigen Zusammenkunft oder sogar eines Besuchsaustausches zwischen General von Schleicher und Paul Boncour. Eine Entwidlung in dieser Richtung würde nicht nur in London, sondern auch in Washington einen günstigen Eindruck machen. — An Berliner ausländischer Stelle ist von einem beabsichtigten Zusammentreffen des Reichskanzlers mit Paul Boncour nichts bekannt.

Die österreichische Anleihe

U. Paris, 30. Dez. Die französische Kammer hat gestern nacht den Gesetzesvorschlag der Regierung über die Garantie für die österreichische Anleihe mit 352 gegen 188 Stimmen angenommen. Der Ministerpräsident hatte die Vertrauensfrage gestellt.

Das Haushaltszwölftel im französischen Senat angenommen
Im französischen Senat wurde das vorläufige Haushaltszwölftel mit 242 gegen 8 Stimmen angenommen, ohne daß Finanzminister Chéron die Vertrauensfrage zu stellen brauchte.

Tages-Spiegel

Nach Erlass der Notverordnung zur Neuregelung der Fettwirtschaft ist ein neuer Sturz der Butterpreise erfolgt, der die bäuerliche Veredelungswirtschaft ernstlich gefährdet. Der Reichsernährungsminister hat daraufhin seinen Urlaub abgebrochen.

Der Reichslandbund fordert zum Schutz der deutschen Milchwirtschaft die völlige Buttereinfuhrverbot.

Der Berliner Polizeipräsident hat sich endlich entschlossen, die ausländischen Kommunisten, die ihr Wirkungsfeld nach Berlin verlegt haben, auszuweisen.

Obwohl Straßers Urlaub inzwischen abgelaufen ist, hat die erwartete Ansprache mit Hitler noch nicht stattgefunden. Straßer verhält sich abwartend.

Das neue Handelsabkommen mit Frankreich wird in Berlin und Paris mit Befriedigung angenommen. Praktisch ist die gegenseitige Meißbegünstigung voll aufrechterhalten worden.

Nach einer Meldung aus Johannesburg wurde dort amtlich erklärt, daß Südafrika den Goldstandard verlassen hat.

Der letzte deutsche Geistliche in Eupen durch Polizei abgeschoben

U. Aachen, 30. Dez. Der am Donnerstagabend dem reichsdeutschen Kaplan Ellis aus Eupen zugewiesene Ausweisungsbefehl aus Belgien war angesichts der Haltung der Bevölkerung, die dem Geistlichen in hohem Maße zugehen war, bis Freitagabend 12 Uhr befristet worden. Für Donnerstagabend hatten nun der Gesangschor und der Jünglingsverein Eupen, dessen Präses der Ausgewiesene war, eine Sitzung des scheidenden Kaplans geplant. Gegen 15,45 Uhr am Donnerstag erschienen jedoch in der Wohnung des Ausgewiesenen zwei belgische Gendarmen in Zivil, die ihn anforderten, ihnen zu folgen. Kaum eine Viertelstunde Zeit hatte der Kaplan, um seine notwendigen Sachen zu packen. Zunächst begleiteten die beiden Gendarmen ihn zum Bürgermeisteramt, wo ihm seine Papiere ausgehändigt wurden, darunter auch der Ausweisungsbefehl, dessen ursprüngliches Datum, 30. Dezember, in 29. Dezember umgeändert war. Er wurde dann in Begleitung der beiden Gendarmen in einem Auto an die deutsche Grenze gebracht, wo er abgesetzt wurde.

Von hier aus hat der Kaplan mit der Straßenbahn seine Fahrt nach Aachen fortgesetzt, wo er vorläufig bei Verwandten verweilt, um sich heute dem Bischof von Aachen zur Verfügung zu stellen. Offenbar wollte die belgische Behörde mit der plötzlichen Ausweisung verhindern, daß — wie mit Sicherheit vorauszusehen war — die Eupener Bevölkerung sich an der Abschiedsfeier für den Geistlichen in größtem Ausmaß beteiligte.

Aufklärung des Mordfalls Henglich

Die Mörder des SA-Mannes Henglich nach Bozen geschickt?

U. Berlin, 30. Dez. Wie die „D.Z.“ aus Dresden erfährt, befinden sich die drei des Mordes an Henglich beschuldigten SA-Leute Schenk, Fränkel und Voick in Südtirol, und zwar in Bozen. Ueber die Flucht selbst, den Fluchtweg, die Vorbereitungen und die Beihilfe, die ihnen zuteil geworden ist, hätten die Ermittlungen bereits bestimmte Anhaltspunkte ergeben. Auch die Braut des vermeintlichen Haupttäters Schenk, deren Bruder schon verhaftet worden ist, soll inzwischen flüchtig geworden sein und sich wahrscheinlich ebenfalls nach Bozen begeben haben. Das sächsische Justizministerium werde noch heute an das auswärtige Amt das Ersuchen richten, einen Antrag auf Auslieferung der Verdächtigen bei der italienischen Regierung zu stellen.

Russisch-polnisches Luftgefecht

Ein russisches Flugzeug abgeschossen.

U. Bukarest, 30. Dez. Einer Meldung der Grenzwahe in Chotin am Dneister zufolge hat sich vor einigen Tagen an der dreifachen Grenze zwischen Polen, Rußland und Rumänien auf polnischem Gebiet zwischen polnischen und russischen Flugzeugführern ein kleiner Luftkrieg zugetragen. Eine russische Maschine kam über polnisches Gebiet, worauf sie von drei polnischen Flugzeugen verfolgt wurde. Dem angegriffenen russischen Flugzeug kam eine russische Flugtafel von drei Maschinen zu Hilfe. Es entspann sich eine heftige Schießerei, in deren Verlauf das angegriffene russische Flugzeug abgeschossen wurde. Die beiden Insassen fanden den Tod. Die drei anderen russischen Flugzeuge kehrten daraufhin auf russisches Gebiet zurück.

Wechselreiche Innenpolitik des Jahres 1932

(Schluß)

Bei den Landtagswahlen in Hessen am 19. Juni erwies sich zum erstenmal ein gewisser Stillstand der stimmenmäßigen Aufwärtsbewegung der NSDAP, die hierbei weniger Stimmen erhielt als bei den Vorwahlen vom 15. November. Die Aufhebung des SA- und SS-Verbotese führte inzwischen zu einem politischen Konflikt zwischen Reich und Ländern, da besonders die süddeutschen Staaten mit der Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbots nicht einverstanden waren. Infolgedessen mußten die Bestimmungen über die Uniform- und Demonstrationsverbote in einer Notverordnung am 29. Juni neu geregelt werden. Am 30. Juni erfolgte, während der Reichstag aufgelöst war, die Inkraftsetzung des Reichshaushalts durch Notverordnung. Infolge der lebhaften politischen Agitation zu den Reichstagswahlen nahmen die Terrorakte im ganzen Reich ständig zu. Sie führten auch zu scharfen Konflikten zwischen den Landesbehörden und den politischen Parteien, besonders der NSDAP. Das war vor allem in Preußen, besonders der Fall, wo es am 17. Juli zu einem „Blutsonntag“ in Altona zwischen Polizei und Kommunisten kam, bei dem es 15 Tote und 57 Schwerverletzte gab. Die Reichsregierung verhängte schließlich am 18. Juli ein allgemeines Demonstrationsverbot. Der Konflikt zwischen der geschäftsführenden Preußenregierung Braun und dem Reich erreichte damit seinen Höhepunkt. Am 20. Juli entschloß sich deshalb die Reichsregierung, die preußische Regierung abzusetzen, den Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg zu erklären und einen Reichskommissar für Preußen in Gestalt des Reichskanzlers von Papen einzusetzen — Maßnahmen, die von der Rechten stürmisch begrüßt wurden, von den Linksparteien aber zum Anlaß einer Klage beim Staatsgerichtshof auf Aufhebung dieser Notverordnung des Reichspräsidenten genommen wurden. Der Antrag auf eine einstweilige Verfügung gegen das Reich, den die alte preußische Regierung stellte, wurde schon am 25. Juli abgelehnt. So daß am 31. programmäßig die Neuwahlen zum Reichstag und die Landtagswahlen in Thüringen erfolgen konnten.

Die Reichstagswahl ergab, wie zu erwarten, starke Rückgänge der bürgerlichen Parteien und der SPD, und einen außerordentlichen Aufstieg der NSDAP, die 13,7 Millionen Stimmen und 200 Mandate gewann, während sie im letzten Reichstag nur 107 Mandate gehabt hatte. Trotzdem ergab sich für die Rechte, Nationalsozialisten und Deutschnationale, keine Mehrheit, so daß auch im neuen Reichstag nur eine Koalitionsregierung aus Zentrum, Nationalsozialisten und Deutschnationalen möglich gewesen wäre. Wenn man aber gehofft hatte, daß die Reichstagswahl eine gewisse Versöhnung bringen würde, so sah man sich hierin getäuscht. Im Gegenteil, die Terrorakte nahmen zu. Anfang August waren in ganz Schleswig-Holstein, Braunschweig, Königsberg politische Terrorakte zu verzeichnen, denen die Regierung am 9. August mit einer draconischen Notverordnung und der Einsetzung von Sondergerichten, die auf Todesstrafe erkennen konnten, entgegentrat. Zur gleichen Zeit wurde der Versuch unternommen, mit Hitler zu einer endgültigen Verständigung zu kommen. Zu diesem Zweck kam Hitler nach Berlin. Entgegen den Erwartungen bestand aber Hitler in den Verhandlungen sowohl mit dem Reichswehrminister von Schleicher wie mit dem Reichskanzler von Papen darauf, daß ihm die Führung des Kabinetts übertragen werden müßte, während das Reichskabinett seinerseits nur bereit war, ihn als Vizekanzler aufzunehmen und ihn zum preußischen Ministerpräsidenten zu machen und drei weitere Ministerposten Persönlichkeiten seiner Partei zu übertragen. Es kam dann zu der dramatischen Aussprache vom 13. August zwischen Hindenburg und Hitler, in der Hindenburg die Forderungen Hitlers ablehnte. Von nun an bekämpfte die NSDAP das Kabinett in voller Schärfe. In dem propagandistischen Kampf gegen das Kabinett von Papen spielte das Schlagwort der „Herrenklubregierung“ eine große Rolle. Die Erregung der NSDAP wurde durch das erste Sondergerichtsurteil in Weuthen besonders gesteigert, durch das fünf Nationalsozialisten zum Tode verurteilt wurden, die einen Kommunisten wenige Stunden nach Inkrafttreten der verschärften Strafbestimmungen ermordet hatten. Auf die Verurteilungen der Nationalsozialisten hin wurden die Weuthener Verurteilten Anfang September zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Am 4. September erfolgte die große wirtschaftliche Notverordnung der Regierung von Papen zur Belebung der Wirtschaft, zu dem Zwecke, durch ein großzügiges System von Steuergutscheinen und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 2,5 Milliarden Mark die Wirtschaft anzukurbeln.

Dieses Programm fand nicht die Billigung der NSDAP, die auf die Taten der Regierung mit scharfsten Angriffen gegen den Reichspräsidenten und den Reichskanzler antwortete. Das Zentrum nahm Verhandlungen mit den Nationalsozialisten auf, um gemeinsam mit ihnen im Reichstag zu einem neuen Programm zu gelangen. Diese Verhandlungen hatten noch zu keinem Ergebnis geführt, als es kurz nach dem Zusammentritt des Reichstages am 12. September zu einer dramatisch bewegten Reichstagsauflösung kam. Reichspräsident Goering stellte sich auf den Standpunkt, daß die Wortmeldung des Reichskanzlers, der die Auflösung aussprechen wollte und dann schließlich die Auflösungsverordnung auf den Tisch legte, während der Abstimmung erfolgt sei, die eine überwältigende Misstrauensmehrheit gegen die Regierung ergab. Maßnahmen der Regierung zum Schutz der Landwirtschaft fanden lebhaften Kritik, so daß sich die Regierung veranlaßt sah, weitere Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft, die Einführung von Kontingenten, anzukündigen.

Bereits während der Wahlagitiation in einem wohl nie dagewesenen Ausmaße begann am 10. Oktober die Verhand-

lung der Klage der Preußenregierung Braun gegen die Reichsregierung auf Wiedereinsetzung in den früheren Stand. Das Urteil des Staatsgerichtshofes, das am 25. erging, gab zwar der Reichsregierung im wesentlichen Recht, wurde aber infolge der moralischen Rechtfertigung, die es für die alte preußische Regierung enthielt, allgemein als eine Niederlage der Regierung von Papen empfunden und trug zu dem Stimmungsumschwung bei, der nach den Wahlen zum Rücktritt der Regierung führen sollte. Am 28. Oktober kündigte der Reichsinnenminister von Geyl indessen eine Reichs- und Verfassungsreform an, die den lebhaftesten Widerstand aller süddeutschen Länder und des Zentrums entfesselte und den latenten Konflikt zwischen Ländern und Reich offen ausbrechen ließ. Wie weit die Agitation der Parteien die Bevölkerung erregte, zeigte u. a. der Verkehrsstreik in Berlin, bei dem die kommunistische Gewerkschaftsopposition zusammen mit der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation gegen die Gewerkschaften zusammenstanden und der sämtliche städtischen Verkehrsmittel der Reichshauptstadt für drei Tage lahmlegte.

Die Reichstagswahl am 6. November brachte eine zahlenmäßige Schwächung der Nationalsozialisten, die von ihren 200 Eigen 34 verloren, während die Deutschnationalen bei dieser Wahl rund 14 Sitze gewannen und die Kommunisten es auf 100 Mandate brachten. Eine „schwarz-braune“ Mehrheit war nicht mehr vorhanden. Das Kabinett erklärte, daß für es auf Grund des Wahlergebnisses kein Anlaß zum Rücktritt bestände, und unternahm den Versuch, mit den Parteiführern zu einer Einigung zu kommen. Das mißlang, worauf am 17. November das Kabinett Papen zurücktrat. Der Reichspräsident empfing hierauf zunächst die Parteiführer. Am 21. November beauftragte der Reichspräsident Hitler, festzustellen, ob für ein Hitler-Kabinett eine arbeitsfähige Mehrheit im Reichstage vorhanden sei. Nach längerem Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten, mit dem Hitler den Nachweis bezweckte, daß der ihm vom Reichspräsidenten gewordene Auftrag innerlich nicht durchführbar sei, lehnte der Führer der NSDAP, am 23. November den Auftrag ab und machte statt dessen den Gegen-vorschlag, ihn zum Chef einer Präsidialregierung zu ernennen. Am 24. November erklärte aber der Reichspräsident, daß er eine Präsidialregierung unter Hitler nicht ernennen könne, da dies einer einseitigen Parteidiktatur gleichkommen würde.

Um die Vertretung des Reichspräsidenten

Der frühere Reichsgerichtspräsident Dr. Simon vertritt in einem Aufsatz in der Deutschen Juristenzeitung den bekannten Beschluß der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit, wonach der geschliche Stellvertreter des Reichspräsidenten der jeweilige Reichsgerichtspräsident sein soll. Statt dessen schlägt Dr. Simon für die Reform der Stellung des Reichspräsidenten vor: Abschaffung des Artikels 54; reichsgesetzliche Klärung der Tragweite des Artikels 48; Hebung des Reichsrats zu einer gleichberechtigten gesetzgebenden Körperschaft; Verbindung der Stelle des Reichspräsidenten mit der eines preußischen Staatspräsidenten.

Forderungen des Mittelstandes

— Berlin, 29. Dez. Die vom deutschnationalen Parteivorstand angenommenen wirtschaftspolitischen Richtlinien enthalten u. a. mehrere Forderungen zur Erhaltung des Mittelstandes. Als vordringliche Maßnahme wird der Abbau der Hauszinssteuer bezeichnet. Umbau der Einkommen- und Erleichterung der Umsatzsteuer müssen folgen. Die verbenden Betriebe sind vor der Konkurrenz der öffentlichen Hand zu schützen. Die Konsumvereinsbewegung ist aufzuhalten. Vor allem aber ist Sorge zu tragen, daß die Kreditnot der mittleren und kleineren Betriebe aller Wirtschaftszweige gehoben und ihr Betriebsmittelbedarf zu mäßigen Zinssätzen befriedigt wird. In diesem Zusammenhang geht auch die Schaffung eines Entschuldungsplanes für mittelständische Betriebe ähnlich den Vorschlägen von Dr. Eugenberg zur Entschuldung der Landwirtschaft mit Vollstreckungsschutz und Konvertierung kurzfristiger Schulden unter tragbaren Bedingungen. Endlich wird die Forderung nach einer ausreichenden Vertretung für den gewerblichen Mittelstand in der Reichsregierung erhoben.

Maßnahmen zur Erleichterung der Lage des Hausbesitzes

— Berlin, 29. Dez. Die Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden betragen ein Fünftel der Kosten, für die Teilung von Wohnungen die Hälfte. Um den einzelnen Hausbesitzern die Aufbringung des eigenen Anteils an den Kosten zu erleichtern, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen getroffen.

Die Deutsche Bau- und Bodenkass, Berlin, hat sich bereit erklärt, Kredit auf der Grundlage der dem Hausbesitz zustehenden Steuergutscheine für die Grundsteuer zu geben, soweit die Steuergutscheine am 1. April 1934 und am 1. April 1935 fällig werden. Der besondere Vorteil für den Hausbesitzer liegt darin, daß auch der Anspruch auf zukünftige Steuergutscheine als Grundlage für eine Kreditgewährung anerkannt wird; die Abtretung des Anspruchs auf solche Steuergutscheine soll als Sicherheit genügen.

Zur Durchführung der Kreditaktion hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die Reichsbürgschaft übernommen. Der Kredit wird dem Hausbesitzer unmittelbar durch geeignete örtliche Kreditinstitute gegeben werden, die insoweit mit der Bau- und Bodenkass zusammenarbeiten. Daneben ist die bereits vor einigen Monaten eingeleitete Kreditbeschaffung auf der Grundlage von Instandsetzungswechseln dadurch weitergefordert, daß Reichsarbeitsminister und Reichsfinanzminister Anträgen von größeren Kreditinstituten auf Übernahme der Reichsbürgschaft entsprochen haben.

Nach ergebnislosen Verhandlungen des Zentrumsführers Kaas beauftragte der Reichspräsident schließlich am 2. Dezember den bisherigen Reichswehrminister von Schleicher, das neue Kabinett zu bilden. Die Hoffnung, daß die NSDAP ein Kabinett Schleicher wenigstens tolerieren würde, nachdem in eingehenden Verhandlungen zwischen Gregor Strasser und Schleicher die Möglichkeit einer Tolerierung erörtert worden war, wurde durch eine Erklärung Hitlers zertrübt, nach der es für die NSDAP keine Tolerierung Schleichers gebe. Schleicher übernahm im wesentlichen das von Papen gebildete Kabinett, mit ihm auch den Wirtschaftsminister Warmbold und Landwirtschaftsminister Braun, die sich inzwischen notgedrungen über die Kontingente auf einer gemeinsamen Formel geeinigt hatten.

Am 6. Dezember folgte der Zusammentritt des neuen Reichstages, der wieder Goering zu seinem Präsidenten wählte. Die Frage, die alle Gemüter Ende des Jahres bewegte, war, ob es nunmehr zu einem neuen Konflikt zwischen Reichstag und Regierung kommen werde, womit abermals eine Reichstagsauflösung unvermeidlich geworden wäre. Der Reichskanzler wich aber dieser Klärung zunächst dadurch aus, daß er mitteilen ließ, seine Regierungserklärung könne er erst in einiger Zeit abgeben. Der Reichstag begnügte sich daraufhin zunächst damit, ein Amnestiegesetz mit 2/3-Mehrheit zu verabschieden, eine Winterhilfe zu fordern und die Aufhebung der Lohnkürzungen des sozialpolitischen Teils II der Papenschen Notverordnung vom 14. 6. zu beschließen. Die Amnestie wurde am 20. Dezember auch im Reichsrat mit 2/3-Mehrheit angenommen. Am 15. Dezember hatte inzwischen Reichskanzler von Schleicher in einer vielbeachteten Rundfunkrede in großen Umrissen sein Programm bekannt gegeben, das sich im wesentlichen auf die Worte Arbeit, Brot, Frieden zusammenfassen läßt. Starkes Aufsehen erregte während des ersten Abschnitts der Reichstagsagung die Beurteilung Gregor Strassers von seinen Parteiführern durch Adolf Hitler, ein Ereignis, das unter Umständen für die weitere Entwicklung in der NSDAP von größter Bedeutung sein kann.

So stehen wir am Ende eines innerpolitisch ungewöhnlich bewegten Jahres wieder vor der Frage: Muß der Konflikt zwischen Regierung und Reichstag bzw. Regierung und NSDAP in einem neuen Wahlkampf ausgetragen werden? Wenn ja, was wird dann das Ergebnis sein? Die weitere Entwicklung des innerpolitischen deutschen Schicksals liegt noch völlig im Dunkeln.

Die Durchführung des Jugend-Notwerkes

Im Anschluß an den Ausruf des Reichspräsidenten über das Notwerk für die deutsche Jugend hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Verfügung an die Präsidenten der Landesarbeitsämter erlassen. In dieser Verfügung wird unter anderem angeordnet, daß tunlich bald alle Stellen, die nach ihrem Aufgabenkreis Hilfe für die arbeitslose Jugend leisten, zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen werden sollen. Neben dem Arbeitsamt kommen vor allem die Gemeinden, freie Wohlfahrts- und Jugendpflege, Geistlichkeit und Lehrerschaft, die Jugendverbände aller Art für diese Arbeitsgemeinschaften in Frage.

Das Notwerk soll den jungen Arbeitslosen täglich mindestens 4 Stunden sinnvolle Beschäftigung bieten. Hierfür sollen grundsätzlich durchschnittlich mindestens 2 Stunden täglich auf berufliche Bildungsarbeit verwendet werden. Mindestens weitere 2 Stunden täglich sind auf Leibesübungen oder auf gemeinsame geistige Beschäftigung zu verwenden, die der geistig-sittlichen Erziehung dienen soll. Nach dem Erlaß soll geprüft werden, ob Gruppen von Jugendlichen zu Helferdiensten bei Einrichtungen der öffentlichen und freien Fürsorge, die sich nicht zur Anerkennung im freiwilligen Arbeitsdienst eignen, eingesetzt werden können. Für junge Arbeitslose, die keinen Rückhalt in der Familie haben, ist die Einrichtung von Tagesheimen durch geeignete Träger zu fördern.

Für die Durchführung des Notwerkes sind die Kräfte und Mittel aller vorhandenen Stellen planmäßig einzusetzen. Nach Möglichkeit sollen alle verfügbaren Plätze in den Werkstätten der Berufsschulen und Fachschulen in Anspruch genommen werden und darüber hinaus leerstehende Betriebsanlagen als Schulungswerkstätten benützt werden. Die sonstige geistige und sportliche Beschäftigung wird vornehmlich den Einrichtungen der Jugendpflege, der Volksbildung, den Turn- und Sportvereinen und so weiter obliegen.

Was die in dem Ausruf des Reichspräsidenten erwähnten Kameradschaften der jungen Arbeitslosen anlangt, so sind zur Bildung solcher Kameradschaften alle Gemeinschaftsgruppen wie Jugendverbände und so weiter berechtigt, die keine staatsfeindlichen Ziele verfolgen. Parteipolitischen Bestrebungen darf das Notwerk nicht dienlich gemacht werden. In der Regel soll eine Kameradschaft nicht weniger als 25 Mitglieder haben. Die beruflichen Bildungsmaßnahmen bleiben nach wie vor darauf gerichtet, die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen zu erhalten und zu steigern, ihre Verwendungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Verbundenheit mit dem Beruf aufrecht zu erhalten.

Zur Durchführung des Notwerkes hat die Reichsregierung einen Betrag von 9 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Aus diesen Reichsmitteln können insbesondere an freiwillige Kameradschaften Beihilfen vor allem zu den Kosten der Verpflegung gewährt werden. Als Beihilfe kann höchstens ein Betrag von täglich je 15 bis 25 Pfennig gewährt werden, im Durchschnitt des Landesarbeitsamtsbezirkens jedoch nicht mehr als 20 Pfennig. Die Beihilfen haben regelmäßig zur Vorauszahlung, daß sich auch andere — private oder öffentliche — Stellen mit eigenen Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Aufgaben des Notwerkes beteiligen. Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind an den Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu richten.

Kurznachrichten aus aller Welt

Auf der internationalen Fahrplankonferenz in Berlin haben Verhandlungen über eine wesentliche Beschleunigung der Schnellzüge auf den Strecken München-Berlin und Stuttgart-Berlin im kommenden Sommerfahrplan stattgefunden. — In einer Halle des Eisenbahnausbesserungswerkes in Frankfurt a. M. brach nichts Feuer aus. Ein Personenwagen brannte vollkommen aus, ein zweiter wurde beschädigt. Die Flammen ergriffen dann auch das Dach der Halle; die Eindeckung und ein Teil der Eisenkonstruktion der Halle wurden beschädigt. — Der „liegende Hamburger“, der seine gestrige Fahrt mit einer ganzen Reihe bekannter Persönlichkeiten als Fahrgäste unternahm, brauchte für die Strecke Berlin-Hamburg nur 138 Minuten gegenüber 142 Minuten auf seinen früheren Probefahrten. — In Breslau fuhr auf dem Museumsplatz ein Lastwagen nach dem Zusammenstoß mit einem Personenkraftwagen auf den Bürgersteig und tötete zwei an der Straßenbahnhaltestelle wartende Frauen. — Die Sävenäcker Sägemühle bei der Stadt Skelleftea im nördlichen Schweden, eine der größten Sägemühlen des Landes, ist durch ein Großfeuer völlig vernichtet worden. Der Schaden wird auf etwa 1 Million Kronen geschätzt. — Ein norwegischer Seemann namens Alfons Hansen verließ im August dieses Jahres in einem 36 Fuß langen Segelboot Oslo, um in Ausführung einer Wette am Weihnachtabend Miami an der Küste von Florida zu erreichen. Er ist pünktlich auf Tag und Stunde dort eingetroffen. — Das Dorf Tomatlan in der mexikanischen Provinz Jalisco wurde am 19. Dezember durch ein verheerendes Erdbeben zerstört. 27 Personen wurden getötet und 50 verwundet.

Schwere Flugzeugunfälle

Französisches Verkehrsflugzeug abgestürzt.

Nach einer Meldung aus Madrid ist ein französisches Verkehrsflugzeug, das den Dienst zwischen Barcelona und Toulouse versieht, im Norden Barcelonas in Flammen abgestürzt und vollkommen zerstört worden. Der Führer und eine junge Dame sind verbrannt, während der zweite Passagier schwere Verletzungen erlitt. Die Ursache des Unglücks ist nicht bekannt.

Schweres Flugzeugunglück in Neuguinea.

Bei Bau in Neu-Guinea stürzte ein Flugzeug, in dem sich der amerikanische Flieger Drayton mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter, sowie einem amerikanischen Fluggast befanden, ab und ging in Flammen auf. Die Frau und die Tochter konnten sich retten, mußten aber zusehen, wie der Vater und Gatte, der mit dem Fuß in der Maschine hängen geblieben war, vor ihren Augen verbrannte. Auch der Fluggast fand den Tod in den Flammen.

Württembergischer Landtag

Eingaben an den Landtag

In der Zeit vom 25. Oktober bis 2. Dezember sind an den Württ. Landtag 44 Eingaben gerichtet worden. Darunter befinden sich: vom Turnkreis Schwaben eine Entschließung betr. die Sonntagsheiligung, von den Lehrervereinen des Landes eine Eingabe betr. verschiedene Schulfragen, vom Landesverband der Friseurmeister eine Eingabe betr. die Lage des Friseurgewerbes, vom Landesausschuß der Erwerbslosen Württembergs eine Eingabe um Gewährung einer Herbstbeihilfe, vom Württ. Kriegerbund eine Eingabe betr. die beabsichtigte Zusammenlegung der Hauptverordnungsämter Württemberg und Baden in Karlsruhe und vom Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen eine Eingabe betr. Kürzung der Invalidenrenten.

Aus den Parteien

Landesausschussigung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes

Der Württ. Bauern- und Weingärtnerbund hielt am dritten Weihnachtstiertag in Stuttgart seine ordnungsmäßige Landesausschussigung ab. Zu den politischen Tagesfragen sprach Herr v. Stauffenberg. Er erklärte u. a.: Dem gegenwärtigen Reichsfinanzler müsse man mit einem gerüttelt Maß von Mißtrauen gegenüberstehen, solange er nicht den Beweis geliefert habe, daß er eine Politik treibe, durch die die Landwirtschaft wieder lebensfähig gemacht wird. Als zweiter Redner sprach Reichstagsabgeordneter H. Haag zur wirtschaftlichen Lage. Er betonte, Herr von Schleicher komme dem Sozialismus viel zu weit entgegen, wobei zu beachten sei, daß die Nationalsozialisten auch Sozialisten seien. Sozialistische Kräfte seien krankmachende Kräfte. Hier müsse Hand angelegt werden. Direktor Dr. Ströbel sprach zur Landespolitik. Er wies auf die Auswirkungen der Schlachtsteuer hin, die man bekämpfen müsse, solange sie da sei. Bis jetzt habe die nationalsozialistische Fraktion für das Land Württemberg und für den württ. Bauernstand noch nichts geleistet. Ausgaben zu bewilligen, seien diese Herren bereit, genau so wie die Sozialdemokraten und die Kommunisten, sie fragen aber nicht darnach, wo man die Mittel hernehmen soll. Nur ein Pump gibt mehr als er kann. Von einer Regierungsumbildung in Württemberg höre man nicht mehr viel, da seien die Nazis sehr klein geworden. Gegenüber der gegenwärtigen geschäftsführenden Regierung sei der Bauernbund nicht gebunden, sondern frei. Er sei verantwortungsbewusste Opposition.

Aus Württemberg

Für insgesamt 20,2 Millionen Rm. Arbeitsbeschaffung.

Im Rahmen einer Tagung des Bezirksplanungsverbands Stuttgart teilte Bürgermeister Dr. Sigloch u. a. mit, daß die Arbeitsbeschaffungsprojekte für das Gebiet des Verbands Straßenbauten, Bahnbauten, Entwässerungen, Fluß- und Bachausbesserungen usw. umfassen mit zusammen 1035 570 Tagewerken bei 11,2 Millionen Rm. Kosten. Für die Um-

staltung sind vorgesehen 2000 Stieblerstellen, für die einschließlich der Grunderwerbskosten 9 Millionen Rm. in Aussicht genommen sind und 400 000 Tagewerke vergeben werden. Hiernach dürften 1 455 570 Tagewerke mit 20,2 Millionen Rm. Gesamtkosten in Betracht kommen, von denen das Landesarbeitsamt 6,9 Millionen Rm. an Zuschüssen übernimmt.

Tagung des Landesbahnrats

Elektrischer Vollbetrieb Ulm—Stuttgart
Anfang Juli 1933

In diesen Tagen hat bei der Reichsbahndirektion Stuttgart die 13. Tagung des Landesbahnrats stattgefunden. Bei der Eröffnung mußte Präsident Dr. Sigel auch in diesem Jahr wieder auf die schlechte Finanz- und Wirtschaftslage der Reichsbahn hinweisen. Die Deutsche Reichsbahn wird, wie das Ergebnis der Monate Januar-November 1932 schon mit Sicherheit erkennen läßt, mit einem Betriebsabmangel von etwa 450 Millionen Rm. abschließen. Die Bedenklichkeit der Lage ergibt sich ohne weiteres daraus, daß die Betriebseinnahmen im Jahr 1932 fast auf die Hälfte des im Jahr 1929 erzielten Betrags von 5,3 Milliarden Rm. gesunken sind. Was von der Reichsbahn im ganzen gilt, das gilt in verstärktem Maße für den Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart. Während die Reichsbahn im ganzen das Jahr 1931 mit einem wenn auch geringen Betriebsüberschuss abschließen konnte, war die Reichsbahndirektion Stuttgart schon 1931 mit einer Betriebszahl von 105,84 passiv. Diese Zahl wird sich für 1932 weiter verschlechtern. Wir haben also in Württemberg allen Anlaß, der Hauptverwaltung und dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dankbar dafür zu sein, daß sie die im Gang befindlichen Eisenbahnbauten auch in diesem Jahr unbeirrt weiter gefördert haben. Ueber den Stand der Elektrifizierung der Strecke Augsburg—Stuttgart—Ludwigsburg gab Präsident Dr. Sigel folgenden Ueberblick: Die Fernleitung für die Uebertragung der Hochspannung ist im bayerischen Abschnitt zu 48 Prozent, im württembergischen zu 92 Prozent fertiggestellt. Im Lauf des Winters werden sämtliche Masten aufgestellt und die Leitungseile verlegt werden können. Nach der Fertigstellung der Schalteinrichtungen für sie auf den Masten, in den Stellwerken und den Fahr diensteinstellungen zu montieren. Unter Spannung können die ganzen Anlagen erst gesetzt werden, wenn auch die Masten der Fahrleitung ihren Anstrich haben und das Personal für den elektrischen Betrieb ausgebildet ist. Ehe sodann der elektrische Vollbetrieb für den öffentlichen Verkehr aufgenommen werden kann, ist noch eine Probezeit von einigen Wochen notwendig, um etwaige bei der Herstellung gemachte und unbemerkt gebliebene Fehler auszumergen, das Personal mit den Schalteinrichtungen auch für den Fall von Störungen vertraut zu machen und den Zugdienst vom Betrieb mit Dampflokomotiven auf den Betrieb mit elektrischen Lokomotiven allmählich überzuleiten. Wenn keine außerordentlichen Hindernisse, namentlich infolge der Witterung, eintreten, so wird voraussichtlich die Strecke Augsburg—Ulm am 15. April 1933 unter Spannung gesetzt sein. Mit Beginn des Sommerfahrplans am 15. Mai 1933 wird sodann im Personenverkehr der elektrische Betrieb von München bis Ulm aufgenommen werden, im Güterverkehr 4—6 Wochen später. Der elektrische Vorortverkehr wird am 15. Mai 1933 beginnen können. Wenn es gelingt, die Strecke Ulm—Stuttgart am 1. Juni 1933 unter Spannung zu setzen, wird nach Abwicklung des Probebetriebs der elektrische Vollbetrieb Anfang Juli 1933, also noch vor dem Deutschen Turnfest, beginnen können. An diese Vorarbeiten schlossen sich die Beratungen an, die sich in der Hauptkammer auf den im Ständigen Ausschuss des Landesbahnrats bereits am 28. November behandelten Jahresfahrplan 1933/34 bezogen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 30. Dezember 1932.

Unfall bei Stammheim.

Am Mittwoch früh 7 1/2 Uhr verunglückte ein 15jähriger Schlofferlehrling von Stammheim auf dem Wege nach Calw in seine Lehrstelle kurz vor der Einmündung der Peerstraße in die Staatsstraße Althengstett—Calw mit dem Fahrrad. Dem Ansehen nach hatte sich an seinem Fahrrad das hintere Rad verwickelt während der Fahrt gelöst, sich in das hintere Rad verwickelt und so den gefährlichen Sturz verursacht. Ein des Wegs kommender junger Mann — Samariter im richtigen Sinne des Wortes — fand den Verletzten bewußtlos und stark im Gesicht blutend in der Mitte der Straße liegend neben seinem Fahrrad auf. Er verbrachte den Verletzten, nachdem er ihn mit seinem eigenen Mantel zugedeckt hatte, in die nahe Straßenwärt-Geschirrhütte und verständigte sofort dessen Eltern. Mittels Fuhrwerks in seine elterliche Wohnung verbracht, legte die Krankenschwester dem immer noch Bewußtlosen einen Notverband an und benachrichtigte den Arzt Dr. Schmitt in Althengstett. Letzterer stellte eine ziemlich starke Gehirnerschütterung fest und verband das arg gekürzte Gesicht des Verletzten. Dieser liegt zurzeit schwer im Elternhaus darnieder.

Weihnachtsfeier des Niederkrantz Dachtel.

Der Niederkrantz Dachtel hielt feuer am zweiten Weihnachtstiertag im Gasthaus „zum Hirsch“ seine diesjährige Weihnachtsfeier mit Gabenverlosung ab. Eine kurze Begrüßungsansprache und der Gesang des Weihnachtsliedes „Die Weihnachtsglocken“ eröffneten die schöne Feier. Dann wickelte sich ein sehr reichhaltiges Programm ab. „Die stolze Bettlerin“, ein Schauspiel in einem Akt, erntete dank der vorzüglichen Wiedergabe großen Beifall, ebenso wie die nach Vortrag eines Männerchors gegebene Humoreske „Mina leuchte mal“. Heiteren Charakter trug auch der schwäbische Schwan „Der Hansjörg wird Millionär“, dessen beide Aufzüge mit Lust und Laune gespielt wurden. Wahre Lachstürme aber rief zum Schluß die Ausführung der einaktigen Posse

„Ein frommer Junge“ hervor. Die Spielgruppe verstand es dank der rührigen Leitung von Hauptlehrer Maria Jägle vorzüglich, den zahlreich erschienenen einige große Stunden zu bereiten. Der Verein hat mit seiner wöchentlichen Veranstaltung erneut bewiesen, daß er seinen Mitgliedern und Freunden trotz der schlechten Zeit immer noch sehr viel zu bieten vermag.

Volkszählung im Jahre 1933?

Bei den Verhandlungen über die Aufstellung des Reichshaushaltsplanes für 1933 wird auch die Frage einer Volkszählung eine Rolle spielen. In politischen und wirtschaftlichen Kreisen ist die Notwendigkeit einer Volkszählung seit langem hervorgehoben worden, da seit der letzten Volkszählung im Jahre 1925 große strukturelle Veränderungen vor sich gegangen sind. Wie verlautet, hat deshalb auch das Reichswirtschaftsministerium gegenüber den anderen Reichsressorts, insbesondere auch gegenüber dem Reichsfinanzministerium, den Standpunkt vertreten, daß im kommenden Jahre 1933 eine Volkszählung unbedingt notwendig sei. Den endgültigen Beschluß wird das Reichskabinett fassen.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Der Einfluß des östlichen Hochdrucks schwächt sich ab, während gleichzeitig von Westen Tiefdruck sich nähert. Für Samstag und Sonntag ist vielfach bedecktes, teilweise auch zu Niederschlägen (in Höhenlagen Schneefällen) geneigtes Wetter zu erwarten.

Holzbrunn, 29. Dez. Der von hier gebürtige und im Lehr-

amt in Murr tätige Lehrer Gottlieb Pfeiffer hat, wie die „Murbacher Zeitung“ berichtet, dortselbst mit einem von ihm begründeten und geleiteten Schülermundharmonikaorchester bei der Weihnachtsfeier der Murrer Schulen ein sehr erfolgreiches Konzert gegeben. Herr Pfeiffer trägt sich mit der Absicht, im nächsten Sommer mit dem 50 Schüler umfassenden, vortrefflich eingespielten Mundharmonikaorchester in unseren Bezirk zu kommen, um hier an einem geeigneten Plage, u. U. in Bad Teinach, mit seinen Schülern ein Konzert zu veranstalten.

Hausbrunn, 29. Dez. Beim Holzfällen verunglückte am 28. ds. Mts. der ledige Holzhauer Johs. Kalmbach von hier im hiesigen Gemeindefeld. Er bediente beim Fällen einer Tanne den sogenannten „Walsteufel“, wobei ihm von diesem beim Zurückschneppen beide Füße abgeschlagen wurden, so daß er ins Bezirkskrankenhaus überführt werden mußte.

Herrenberg, 29. Dez. Landmesser Sprandel beim Vermessungsamt für Feldbereinigung Herrenberg (früher in Wiltberg) wurde die Amtsbezeichnung „Vermessungsrat“ verliehen.

SB. Gärtringen M. Herrenberg, 29. Dez. Hier wurde in einem Hause bei der Abortleerung die Leiche eines nahezu ausgewachsenen Kindes gefunden und später zur Untersuchung aufs Rathaus gebracht. Im Zusammenhang damit erfolgte auf der Bahnhöhle die Festnahme eines hiesigen Ehepaars bei der Rückkehr von der Arbeit in Böblingen. Die Sache ist nun bei der Staatsanwaltschaft anhängig.

SB. Stuttgart, 29. Dez. In selbstmörderischer Absicht ließ sich gestern morgen auf der Gänbahn in der Nähe der Haltestelle Karlsvorstadt ein 48 Jahre alter Mann vom Zug überfahren. Er war sofort tot. — Durch Trinken von Salzsäure verübte in einem Hause der Mollerstraße eine 21 Jahre alte Hausgehilfin einen Selbstmordversuch. Sie wurde in das Katharinenhospital übergeführt.

wp. Ulm, 29. Dez. Auf dem Ulmer Bahnhof hinter der Gasfabrik ist ein dort beschäftigter Notstandsarbeiter, ein verheirateter 26 Jahre alter Hilfsmonteur aus Ulm, offenbar aus Unvorsichtigkeit in einen einlaufenden Personenzug gelaufen. Er wurde eine Strecke geschleift und sofort getötet.

Auftakt zum 15. Deutschen Turnfest

Kreiswarterversammlung der Deutschen Turnerschaft.

In Stuttgart, der Stadt des 15. Deutschen Turnfestes 1933, hat die 8. Kreiswarterversammlung der Deutschen Turnerschaft begonnen. Die Turnführer haben sich in Württembergs Hauptstadt versammelt, einmal, um sich selbst vom Stande der Vorarbeiten für das kommende große turnerische Geschehen, das 15. Deutsche Turnfest vom 21. bis 30. Juli 1933, zu überzeugen und an Ort und Stelle die letzten Beschlüsse zu fassen, und zum anderen, um sich über den weiteren Weg der Deutschen Turnerschaft in innerer und äußerer verbandspolitischer Hinsicht klar zu werden. Den Auftakt der Kreiswarterversammlung bildete eine gemeinsame Besichtigung des Festplatzes für das 15. Deutsche Turnfest. Der Eindruck des in seinen Hauptteilen innerhalb zweijähriger rastloser Arbeit bereits fertiggestellten Festplatzes auf die Fachwarte der D. T. war ein äußerst beindruckender. Im Anschluß an die Besichtigung des Festplatzes und des Schwimmstadions fand eine allgemeine Rundfahrt durch die wichtigsten Festzugstrassen bis zum Hofe des Neuen Schlosses statt. Nach dem bewährten Muster von Aöln wird es wieder vier Festzüge geben, die sich auf dem Schlosse treffen.

Im Hörsaal der Technischen Hochschule begann dann mit einer feierlichen Eröffnungssitzung die erste gemeinsame Tagung in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden und der Arbeitsgemeinschaft der Turner Groß-Stuttgarts. Der erste Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Staatsminister a. D. Dominicus-Berlin, betonte, daß bei der Besichtigung des Festplatzes auf dem Wafen nur höchste Anerkennung und lebhafter Dank seitens der Turnführer zu hören war. Keine andere Stadt hätte in dieser Zeit das geleistet, was Stuttgart geleistet hat. Das Deutsche Turnfest in Stuttgart müsse ein gewaltiger Mahner zur inneren Einheit und äußeren Befreiung Deutschlands werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

SB. Stuttgart, 29. Dez. Der Aktienmarkt lag ruftig. Am Rentenmarkt dagegen machte sich starke Nachfrage geltend. Goldpfandbriefe zogen teilweise über 2 Prozent an.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt

Weizen, märkischer 187-189; Roggen, märkischer 154 bis 164; Hafer, märkischer 114-119; Weizenmehl 23,25-26,25; Roggenmehl 19,40-21,60; Weizenkleie 8,80-9,20; Roggenkleie 8,70-9; Viktoriaerbsen 21-26; kleine Speiseerbsen 20 bis 22; Futtererbsen 13-15; Peluschken 13,50-14,50; Ackerbohnen 13,50-15,50; Wicken 14-16; Lupinen, blaue 8-10; dto. gelbe 11,75-13; Seradella, neue 18-24; Leinfuchsen 10; Erdnussfuchsen 10,30; Erdnussfuchsenmehl 10,50; Trodenschnitzel 8,00; extrahiertes Sojabohnenschnitzel, 46 Prozent, ab Hamburg 9,60; dto. ab Stettin 10,10; Kartoffelflocken 13,40; Speisefarbstoffeln, weiße 1,15-1,25; dto. rote 1,30-1,40; Dornwälder blaue 1,20-1,30; andere gelblichste 1,40-1,50; Fabrikfarbstoffeln in Pfg. 8. Allgemeine Tendenz: Fester.

Fruchtpreise.

Biberach: Weizen 9,50; Gerste 8-8,20; Haber 5,70-6; Kernen 10,30-10,50; Dinkel 7,20-7,40; Roggen 8 M. - Leutkirch: Roggen 8,50; Gerste 8,60; Haber 6,50 M. - Tuttlingen: Weizen 10-11; Gerste 8-9; Haber 6,20-6,50 M. - Wangen i. N.: Haber 7,10-7,50; Gerste 8,50-9,50; Roggen 8-9; Weizen 10,50-11,50 M.

Kirchliche Nachrichten

Evangelischer Gottesdienst

Jahreschluss, 31. Dezember.

6 Uhr Gottesdienst in der Kirche, Noos. Anfangslied 163: Nun laßt uns gehn und treten... Chorgesang. Kirchenopfer für den Bezirkswohltätigkeitsverein. Neujahrsgesetz, 1. Januar 1933. Turmlied: 164. Jesus soll die Lösung sein. 10 Uhr Hauptgottesdienst, Hermann. Anfangslied: 34. Ach bleib mit deiner Gnade. Chorgesang. Abendmahlsfeier. 5 Uhr Abendgottesdienst in der Kirche, Dreher. Der Hauptgottesdienst am Neujahrstag beginnt in diesem Jahr um 10 Uhr.

Katholischer Gottesdienst.

Samstag, 31. Dezember 1932.

8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell. 6 Uhr: Jahresabschlussfeier mit Predigt. Sonntag, 1. Januar 1933. Fest der Beschneidung Christi. 8 Uhr: Frühmesse mit Ansprache. 9,30 Uhr: Predigt und Hochamt. 1,30 Uhr: Andacht.

Freitag, 6. Januar.

Fest der Erscheinung Christi.

8 Uhr: Frühmesse mit Ansprache.

9,30 Uhr: Predigt und feierliches Hochamt.

1,30 Uhr: Andacht.

Beichtgelegenheit: Samstag 4-1/2 Uhr, Sonntag 7 bis 8 Uhr, Donnerstag 5-6 Uhr, Freitag 7-8 Uhr.

Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde

(Evangelische Freikirche)

Calw: Samstag: 9 Uhr abds. Jahresabschluss-Feier (Harsch). - Sonntag: 2 Uhr nachm. Bezirks-gemeindefest. - Vom Montag, den 2. bis Freitag, den 6. Januar je abends 8 Uhr Allianz-Gebetstunde. St. Michael: Samstag 9 Uhr abends Jahresabschluss-Feier (Schneider). - Sonntag: 2 Uhr nachm. Bezirks-gemeindefest in Calw. - Vom Montag, den 2. bis Freitag, den 6. Januar je abends 8 Uhr Allianz-Gebetstunde. Oberkollbach: Samstag 9 Uhr abends Jahresabschluss-Feier (Fritz). - Sonntag, 2 Uhr nachmittags Bezirks-gemeindefest in Calw. - Vom Montag, den 2. bis Freitag, den 6. Januar je abends 8 Uhr Allianz-Gebetstunde.

Wünsche sind noch die billigsten, wenn sie von der Pfannkuchengemeinschaft kommen!

Amtl. Bekanntmachungen

Calw.

Neujahrswünschenthebungs-karten

haben gelöst:

- Adolf, Paul und Frau Aldinger, Gewerbedirektor und Frau Ammon, Reichsbahnrat
Bantleon, Oberlandmesser und Frau Beck, Mittelschullehrer und Frau Bräutl, Rektor und Frau Braun, Lufte, Lehrerin a. D. Braun, Wilhelmine, Lehrerin a. D. Charrier, Vermessungsrat und Frau Dieterich, Theodor u. Frau Dr. Fluhr und Frau Frey, Stadtpfleger u. Frau Geiger, Baurat und Frau Georgii, Otto und Frau Glanzle, Oberamtsbaumeister und Frau Gähner, Bürgermeister und Frau Dr. Gräter, Studiendirektor und Frau Hagenlocher, Postinspektor und Frau Hartmann, Frau, Neue Apotheke Henckelberger, Rechnungsrat und Frau Hermann, Stadtpfarrer und Frau Hieber, Reg.-Rat u. Frau Hirsch, Bezirksnotar u. Frau Hippelein, Ernst Jooz, Landmesser und Frau Sang, Barrer a. D. u. Frau Dr. Klöpfer, Rechtsanwalt und Frau, Stuttgart Kocher, Reg.-Baumeister und Frau König, Marie, Fuß- und Modewaren Köhler, Dentist und Frau Köhler, Fritz und Frau Köhler, Wilh., Architekt mit Familie Kramer, Postamtman und Frau

Für die eingegangenen Beträge wird hiemit herzlicher Dank gesagt. Calw, den 30. Dezember 1932.

Ortsfürsorgebehörde:

Dehan Noos. Bürgermeister Gähner.

Flächenlose

In der Gegend des Teufelwegs liegend, werden am Montag, den 2. Januar 1933, nachmittags 5 Uhr, in unserer Geschäftsstube versteigert. Den 29. Dezember 1932. Stadtpfleger.

Ehe Sie einen

Druckauftrag

nach auswärts vergeben, fragen Sie doch bei uns an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können.

„Tagblatt“-Buchdruckerei

Fernsprecher Nr. 9 Calw Lederstraße Nr. 23

Auf Silvester empfehle Berliner Pfannkuchen

Neujahrbrezeln

zum Verkauf von Saatgut (Kartoffeln, Hafer, Gerste etc.) zur Frühjahrslieferung, die bei der Landwirtschaft gut eingeführt sind, gegen hohe Provision gesucht. In drucken unter E. 40 an Thälinger Landbund, Stuttgart Seydlitz 17

Auf Silvester empfehlen Berliner Pfannkuchen



Malaga, fst. Liköre Punsch-Essenzen die Konditoren:

- Wilh. Buer Alb. Hammer Herm. Häussler Paul Hayd Herm. Marquardt Wilh. Sachs

Badischer Hof - Calw Großer Silvester-Tanz

Eintritt frei! Kapelle Briston-Pforzheim

Vorzugsangebot! Magenbitter und Kräuterlikör, Süßwein und Span. Medizinalein, Weinbrand, R. Otto Binçon, Calw, Lederstr. 21.

Sie schädigen sich selbst, wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu halten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen. Vor Schaden bewahren Sie sich, wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“, das Sie über alle Vorkommnisse im Bezirk unterrichtet.

Heizbares Zimmer an alleinstehende Person auf 1. Februar oder später vermieten. Buchhardt, Loggasse 3

Rasiermesser zieht haarscharf ab Friseur Obermatt

Fischtran empfiehlt billigt R. Hauber

Knopflöcher St. 2 Hofbaum, Plisse Ankerbein von Epigen Fr. Herzog Inh. L. Rathgeber

Berücksichtigen Sie die Inserenten unseres Blattes.

In der Turnhalle in Calw veranstaltet die Flug- und Arbeitsgruppe Witteberg-Calw unter gütiger Mitwirkung des W. L. B. eine Flugzeug- und Modellausstellung

Neujahrsglückwünsche an Ihre Kundschaft bringen Sie am besten durch eine Anzeige im Calwer Tagblatt zum Ausdruck.

Wir bitten unsere Mitglieder die im Laufe des Jahres gesammelten Rückvergütungsmarken bis spätestens 5. Januar in den Verteilungstellen abzugeben

Roumberein Abenarius-Carbolineum Carl Serva Fernsprecher 120.

Schirme werden gut und billig repariert J. Eberhard, Calw

Herren gesucht. Wöchentl. Provisionsauszahlung. Bei Einnahme erfolgt Festanstellung. Nichtqualifizierte werden eingearbeitet. Angeb. unt. E. T. 6516 an Ala-Haafenstein und Vogler, Stuttgart.

Neuhengstett Sonntag, den 1. Januar 1933, hält der Radfahrer- und Musikverein seine Weihnachtsfeier im Gasthaus zum „Lamm“

Gänse billiger feinste junge Pratzgänse

80 Pfg. auch zerlegt, in halbe Für Silvester! Pfälzer Rotwein 65 Pfg. Ungarischer 80 Pfg. Sngelheimer 90 Pfg. Bordeaux- und Vineaunderweine Weißwein 65 Pfg. Frankweiler 80 Pfg. Alienatoler Riesling 85 Pfg. Preise mit Flasche 10 Pfennig zurück. Arak-u. Rum-Bertrand Weinbrand Liköre Sngel Drangen u. Mandarinen Wurst u. Käse in reicher Auswahl Ihre Weihnachtskarte hat bis Silvester Gültigkeit. Pfannkuch